



---

## **Haushalts- und Finanzausschuss**

14. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

8. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.05 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

<b>1</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)</b>	<b>1</b>
----------	---	----------

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/400 und 13/620 (1. Ergänzung)

Erster Beratungsdurchgang aller Einzelpläne

Im Rahmen einer generellen Diskussion über den Haushalt trägt der Finanzminister zunächst Einzelheiten zu der zweiten Ergänzung vor.

---

<sup>\*)</sup> nichtöffentlicher Teil mit TOP 5 bis 9 siehe APr 13/204



4 **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen** 7

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/439

Vorlage 13/331

Zuschrift 13/258

Nach kurzer abschließender Beratung wird der vom Vorsitzenden eingebrachte **Änderungsantrag**, bei Artikel I Ziffer 2 a) bb) - betreffend § 4 Abs. 1 Nr. 5 - den **Klammerzusatz zu streichen**, einstimmig **angenommen**.

In der **Schlussabstimmung empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mehrheitlich bei vier Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, den **Gesetzentwurf Drucksache 13/439** unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung **anzunehmen**.

**Berichterstatter:** Volkmar Klein (CDU)

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/400 und 13/620 (1. Ergänzung)

Erster Beratungsdurchgang aller Einzelpläne

**Vorsitzender Volkmar Klein** schlägt vor, zuerst eine **generelle Diskussion** zum Haushalt zu führen und dann die Einzelpläne und das Haushaltsgesetz aufzurufen.

**Helmut Diegel (CDU)** macht deutlich, seine Fraktion wolle heute bei der generellen Diskussion bleiben. Es mache keinen Sinn, in die Beratung der Einzelpläne einzutreten, solange die erste Ergänzungsvorlage nicht von den Berichterstattern und den Fachausschüssen abschließend beraten worden sei und die zweite Ergänzung noch nicht einmal bekannt sei. Hinzu komme, dass seiner Fraktion zugetragen worden sei, dass möglicherweise auch noch ein Nachtrag vorgelegt werde. Wenn das der Fall sein sollte, stelle das das gesamte Beratungsverfahren auf den Kopf.

Weiter bitte er den Finanzminister, dem Ausschuss den Jahresabschluss 2000 zuzuleiten. Er liege anscheinend der Presse bereits vor, denn dort würden viele Zahlen gehandelt.

**Minister Peer Steinbrück (FM)** weiß nicht, woher die Nachricht stamme, dass ein Nachtrag vorgelegt werden solle. Die Landesregierung beabsichtige das nicht.

Die angekündigte zweite Ergänzung sei am Dienstag vom Kabinett beschlossen worden und werde dem Landtag Anfang der kommenden Woche zugeleitet. Er hoffe, den Fraktionsvorsitzenden schon vor dem Wochenende ein Exemplar übermitteln zu können.

Über den Jahresabschluss 2000 sei ebenfalls am Dienstag das Kabinett unterrichtet worden. Er werde ihn wie immer dem Landtag zuleiten. Für die Zahlen, die in der Presse gehandelt würden, beanspruche er nicht das Copyright. Er habe bisher gegenüber Journalisten nur geäußert, dass es sich um einen erfreulichen Jahresabschluss handele.

Der Minister trägt sodann Einzelheiten der **zweiten Ergänzung** vor. Sie erstreckte sich im Wesentlichen auf die Umsetzung all dessen, was mit der Einrichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes zu tun habe. Davon seien viele Einzelpositionen betroffen, sodass die zweite Ergänzung auch sehr umfangreich sei.

Die zweite Ergänzung sehe außerdem die Umsetzung des Jahresabschlusses vor, der einen Überschuss von 1,636 Milliarden DM ausweise. Sein Ansatz sei, dass aus diesem Jahresüber-

schuss weder konsumtive Ausgaben im Jahre 2001 noch irgendwelche Mehrforderungen finanziert würden. Vielmehr solle er im Wesentlichen, nämlich in Höhe von 1,2 Milliarden DM, einer Rücklage zugeführt werden, um die Situation im Jahre 2002, die sehr angespannt sein werde, zu entlasten. Ähnliches sei bereits mit dem Abschluss 1999 geschehen, um den Haushalt 2000 in der Balance zu halten.

Darüber hinaus solle die Netto-Kreditverschuldung um 290 Millionen DM gesenkt werden. Ein weiterer Betrag in Höhe von 86 Millionen DM solle investiven Ausgaben im Bereich von Forschung und Bildung zugeführt werden. Die verbleibenden 60 Millionen DM sollten auf der Einnahmenseite gekürzt werden, weil das Land Pachtzinsen für den Köln/Bonner Flughafen zahlen müsse. Es gebe mit dem Bund rechtliche Schwierigkeiten im Hinblick auf die Veräußerung der Anteile, sodass er es für seriös halte, diese vorgesehenen Einnahmen zu streichen.

Auf die Bemerkung von **Helmut Diegel (CDU)**, ob diese 60 Millionen DM für die Koalitionsfraktionen disponibel seien, entgegnet **Minister Peer Steinbrück (FM)**, welche Anträge die Fraktionen zum Haushalt stellen, sei Sache des Parlaments. Er habe die bisherigen Beratungen zumindest in der SPD-Fraktion so verstanden, dass zwar Veränderungen beantragt würden, diese aber nicht zu einer Aufblähung des Haushalts führen, sondern durch Minderausgaben an anderer Stelle gedeckt werden sollten.

**Rolf Seel (CDU)** kritisiert, dass es im Zusammenhang mit den Haushaltsergänzungen manchmal irritierende Informationen gebe. Bei der Beratung des Haushaltsgesetzes in Moers habe er die Bonus/Malus-Regelung des **§ 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes** lobend erwähnt. Ministerialdirigent Frechen habe am 23. Januar im Haushaltskontrollausschuss erklärt, dass die Malus-Regelung nicht mehr im Gesetzentwurf enthalten sei. Dasselbe habe Staatssekretär Dr. Noack am 30. Januar im Unterausschuss "Personal" gesagt. In der vom Ausschussvorsitzenden vorgelegten Synopse zum Haushaltsgesetz, Vorlage 13/366, sei die Malus-Regelung aber wieder enthalten.

**MDgt Dr. Berg (FM)** stellt klar, die Malus-Regelung, die gemäß § 8 Abs. 4 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes habe eingeführt werden sollen, sei durch die erste Ergänzung wieder herausgenommen worden. Auf Seite 1 der Drucksache 13/620 heiße es unter Nr. 8 eindeutig:

"In § 8 Abs. 4 werden die Sätze 6 und 7 ersatzlos gestrichen."

**Vorsitzender Volkmar Klein** bittet um Verständnis, dass die vom Ausschussbüro erstellte Vorlage 13/366 hinsichtlich § 8 Abs. 4 den Stand vor der ersten Ergänzung wiedergebe.

**Dr. Ingo Wolf (F.D.P.)** interessiert die inhaltliche Frage, warum die ursprünglich vorgesehene, stärker greifende Malus-Regelung nun doch nicht eingeführt werden solle. Wenn man so etwas "zahnlos" betreibe, könne es doch nicht funktionieren.

**MDgt Dr. Berg (FM)** weist darauf hin, dass die Malus-Regelung von zwei Jahresgehältern bei externer Besetzung weiterhin gelte; davon gebe es in § 8 Abs. 3 einige Ausnahmen. Darüber hinaus sei vorgesehen gewesen, auch in den Fällen, in denen die Personalagentur in Anspruch genommen worden sei, aber keine Vermittlung habe vornehmen können, eine Malus-Regelung von zwei Jahresgehältern greifen zu lassen.

Über den Sinn dieser Regelung könne man sich streiten: Man könne sagen, dass dann, wenn die Personalagentur niemanden finde, eine Malus-Regelung keinen Sinn mache. Man könne aber auch argumentieren, dass die Ressorts dann, wenn die Malus-Regelung drohe, eher geneigt seien, von der Besetzungsmöglichkeit durch Externe keinen Gebrauch zu machen. Die Landesregierung habe entschieden, für den Fall, dass das Verfahren der Personalagentur erfolglos geblieben sei, keine Malus-Regelung einzuführen.

Seine Fraktion sähe die schärfere Version lieber, entgegnet **Dr. Ingo Wolf (F.D.P.)**, um den Druck, eine interne Besetzung vorzunehmen, zu verstärken. Es gebe ja auch "augenzwinkernde" Absprachen, dass die Personalagentur niemanden finde, um jemanden von draußen einstellen zu können. Deshalb müsse es Sanktionen geben.

Die Landesregierung sei bei der Neufassung des § 8 Abs. 4 von einer anderen Philosophie ausgegangen, erwidert **StS Dr. Noack (FM)**. Natürlich müsse ein gewisser Druck auf die Ressorts ausgeübt werden, damit Aktivitäten entstünden. Die Grundsatzfrage zwischen "nur Strafe" und "etwas weniger Strafe und Belohnung" sei dahin gelöst worden, dass die Landesregierung versuchen wolle, durch Anreize mehr Bewegung in den Prozess des Vollzugs von kw-Vermerken hineinzubringen.

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** unterstützt dies. Seine Fraktion halte eine Anreizregelung für sinnvoller und glaube nicht, dass es mit einer reinen Malus-Regelung besser funktioniere. Wenn die Personalagentur niemanden habe, der für die jeweilige Position geeignet sei, dann könne eben keine interne Besetzung erfolgen. In der Praxis müsse es dafür eine Ausnahmeregelung geben.

Für **Dr. Ingo Wolf (F.D.P.)** ist entscheidend, dass in den letzten Jahren die erwarteten Erfolge nicht eingetreten seien. Personalabbau sei eine Managementaufgabe; das Land müsse stärker eingreifen. Es gehe nicht um Lehrer und Polizeibeamte; aber in den Verwaltungsbereichen, wo ein Abbau stattfinden könne, sei die Immobilität sehr stark, und da werde man nur mit guten Worten nichts erreichen.

**Ernst-Martin Walsken (SPD)** stellt fest, es sei keine Frage, dass der Haushaltsgesetzentwurf ursprünglich sehr viel schärfer gewesen sei als nach der Ergänzung. Seine Fraktion habe nichts dagegen, dass sich der Unterausschuss "Personal" noch einmal intensiv damit auseinandersetze, ob das, was in der ursprünglichen Fassung gestanden habe, nicht doch in irgendeiner Form Eingang finden könne.

Die Aussage Dr. Wolfs, dass bislang keine Erfolge erzielt worden seien, bezeichnet **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** als nicht richtig. Die Ministerien hätten in unterschiedlichem Maße kw-Stellen abgebaut. Er bitte, das differenzierter zu betrachten.

Auch **Minister Peer Steinbrück (FM)** tritt der Schlussfolgerung, die Dr. Wolf zumindest nahe lege, dass in den letzten Jahren in der allgemeinen Verwaltung kaum Personalabbau betrieben worden sei, deutlich entgegen. Das Gegenteil sei nachweisbar der Fall. Der entscheidende Punkt sei, dass dieser Abbau durch die Entwicklung in den Bereichen, in denen die Opposition auch keine Stellen abbauen wolle oder gelegentlich sogar Mehranforderungen stelle, kompensiert worden sei. Immerhin stellten die Bereiche, die tabuisiert würden, nämlich Schulen, Hochschulen, Polizei und Justiz, 70 bis 75 % des Personalkörpers des Landes.

Die Landesregierung halte an ihrem ehrgeizigen Ziel fest, bis zum Ende dieser Legislaturperiode von der Zahl der gegenwärtig noch 14.000 ausgewiesenen kw-Stellen deutlich herunterzukommen.

**Dr. Ingo Wolf (F.D.P.)** bemerkt, auch in den angesprochenen vier Bereichen gebe es durchaus verwaltende Tätigkeiten; es gebe zum Beispiel neben den Lehrern auch Personen, die das Lehren verwalteten. Es gehe darum, das Instrumentarium zu schärfen. Die Landesregierung müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie das, was sie in der vergangenen Legislaturperiode habe erreichen wollen, nicht erreicht habe.

**Vorsitzender Volkmar Klein** schließt die Aussprache über dieses Thema mit dem Hinweis, dass sich der Unterausschuss "Personal" in der nächsten Sitzung noch einmal damit befassen werde.

Er äußert sodann die Bitte an das Finanzministerium, dem angekündigten Jahresabschluss nach Möglichkeit eine Darstellung beizufügen, aus der hervorgehe, wo die **Minderausgaben im Jahr 2000** erzielt worden seien. Das Umweltministerium habe bereits eine Aufstellung über die Einzelpositionen zugesagt, die mit mehr als 1 Million DM zur Erreichung der globalen Minderausgabe beigetragen hätten. Es wäre ein Beitrag zur Transparenz, wenn das für alle Einzelpläne geleistet werden könne.

**Minister Peer Steinbrück (FM)** macht geltend, dass das sehr aufwendig sei und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurzeit eine große Arbeitsbelastung zu tragen hätten. -

**MDgt Dr. Berg (FM)** ergänzt, im Zuge der Erstellung der Haushaltsrechnung werde im Laufe des Jahres 2001 festgestellt, bei welchen Titeln die globale Minderausgabe erwirtschaftet worden sei. Der Landeshaushalt bestehe immerhin aus etwa 10.000 Titeln. Die Ursachen für die bei den einzelnen Positionen festgestellten Abweichungen könnten im Übrigen nur durch Umfrage bei den Ressorts in Erfahrung gebracht werden.

**Vorsitzender Volkmar Klein** wäre zufrieden, wenn das für die wesentlichen Haushaltspositionen ab einer bestimmten Größenordnung dargestellt werden könne. Dies würde dem Ausschuss innerhalb der laufenden Haushaltsberatungen die Bewertung erleichtern.

Daraufhin schlägt **MDgt Dr. Berg (FM)** vor, die Positionen aufzulisten, bei denen eine Minderausgabe von mindestens 5 Millionen DM zu verzeichnen sei. Damit sei aber nicht gesagt, dass diese Einsparungen zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe herangezogen worden seien, sondern es könne sich auch um andere Einsparungen handeln. - Der **Vorsitzende** wäre damit einverstanden.

**Helmut Diegel (CDU)** merkt an, im Zeitalter des Computers dürfte sich der Arbeitsaufwand dafür doch in Grenzen halten. Es wäre doch nicht nur für die Oppositionsfraktionen, sondern auch für die Koalitionsfraktionen sicherlich wichtig zu wissen, woher die für Haushaltsanträge gegebenenfalls benötigte Deckung genommen werden könne.

**Ernst-Martin Walsken (SPD)** macht darauf aufmerksam, dass der Zeitraum für Auswertungen der Vorjahresergebnisse sehr kurz sei. Die Frage stelle sich ohnehin nur deshalb, weil die derzeitige Haushaltsberatung nicht wie üblich zum Ende des Vorjahres, sondern zu Beginn des neuen Jahres stattfinde. Die SPD-Fraktion habe zwar auch ein Interesse an einer Darstellung; sie habe jedoch nicht die Absicht, die Mehrausgaben, die sie tätigen wolle, aus den Resten des Jahres 2000 zu finanzieren. Deshalb seien die Zahlen eigentlich erst für die Kalkulation der Ansätze des Haushaltsentwurfs 2002 relevant.

**Minister Peer Steinbrück (FM)** könnte zusagen, eine Aufstellung über die Soll-Ist-Abweichungen, die - entsprechend dem Vorschlag von Dr. Berg - mehr als 5 Millionen DM ausmachen, bis Mittwoch nächster Woche zu liefern. Sie ließe dann aber keine Interpretation zu, ob die Abweichung der globalen Minderausgabe zuzuordnen sei oder andere Ursachen habe.

**Helmut Diegel (CDU)** fragt, ob es möglich sei, Mitarbeiter des Finanzministeriums zu den Haushaltsberatungen aller Fraktionen zu entsenden, damit solche Zahlen richtig interpretiert werden könnten. - Selbstverständlich ständen seine Mitarbeiter allen Fraktionen gleichermaßen zur Verfügung, versichert **Minister Peer Steinbrück (FM)**.

**Angela Freimuth (F.D.P.)** kommt noch einmal auf die Darstellung der Minderausgabe-Positionen zurück und fragt, da ihr die Grenze von 5 Millionen DM sehr hoch erscheine, ob nicht doch die Abweichungen ab 1 Million DM aufgeführt werden könnten. - **MDgt Dr. Berg (FM)** bittet, es bei den Sachausgaben bei der Grenze von 5 Millionen DM zu belassen, hielte es aber für möglich, für den Bereich der Hauptgruppen 6 und 8, also die Förderprogramme, auf eine Grenze von 1 Million DM herunterzugehen.

**Vorsitzender Volkmar Klein** hält fest, dass das Finanzministerium in der nächsten Woche eine solche Darstellung liefern werde.

Entsprechend dem Wunsch aus dem Ausschuss wolle er heute darauf verzichten, die Einzelpläne aufzurufen; die Detailberatung solle stattfinden, wenn die Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche vorlägen.

**2 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;**

**hier: 29. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"**

Vorlagen 13/255, 13/360 und 13/390

**Vorsitzender Volkmar Klein** weist darauf hin, dass der mitberatende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz die Vorlage bereits zur Kenntnis genommen habe.

Keine weiteren Wortmeldungen (*Ergebnis siehe Beschlussteil*).

**3 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;**

**hier: 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlagen 13/301 und 13/422

Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hat nach den Worten des **Vorsitzenden Volkmar Klein** die Vorlage bereits zur Kenntnis genommen.